



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der
Kinder (Kinderkommission)

Wortprotokoll der 24. Sitzung

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Berlin, den 6. Mai 2015, 16:00 Uhr

Paul-Löbe-Haus

2.200

Vorsitz: Susann Rüthrich, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1 **Seite 7**

Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Artikel
28 und 29 UN-Kinderrechtskonvention – Recht auf
Bildung; Schule; Berufsausbildung“

Tagesordnungspunkt 2 **Seite 24**

Stellungnahme zum Themenkomplex „Medien-
kompetenz“

Tagesordnungspunkt 3 **Seite 24**

Anliegen an die Kinderkommission

Tagesordnungspunkt 4 **Seite 24**

Verschiedenes



Inhaltsverzeichnis

Anwesenheitslisten	Seite 3
Sprechregister	Seite 6
Wortprotokoll	Seite 7



Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

Sitzung des Unterausschusses Kinderkommission (13. Ausschuss)
Mittwoch, 6. Mai 2015, 16:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder	Unterschrift
CDU/CSU Pols, Eckhard		CDU/CSU Launert Dr., Silke	_____
SPD Rüthrich, Susann		SPD Bahr, Ulrike	_____
DIE LINKE. Müller (Potsdam), Norbert		DIE LINKE. Wunderlich, Jörn	_____
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Walter-Rosenheimer, Beate		BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Dörner, Katja	_____

Stand: 4. Mai 2015
Referat ZT 4-Zentrale Assistenzdienste, Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32659, Fax: +49 30 227-36339



**Anwesenheitsliste der Sachverständigen
für das öffentliche Expertengespräch zum Thema
„Artikel 28 und 29 UN-Kinderrechtskonvention – Recht auf Bildung;
Schule; Berufsausbildung“
am Mittwoch, dem 6. Mai 2015, 16.00 Uhr**

Name	Unterschrift
Nuri Kiefer Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft	
Katharina Schumann Handwerkskammer Berlin	



Sprechregister der Abgeordneten und Sachverständigen

Abgeordnete

Vors. Susann Rührich	7, 9, 11, 16, 17, 23, 24
Abg. Eckhard Pols	15
Abg. Norbert Müller	13
Abg. Beate Walter-Rosenheimer	11

Sachverständige

Nuri Kiefer	7, 12, 14, 17, 18, 22
Katharina Schumann	9, 12, 14, 17, 18, 21

Gäste

Abg. Tanja Schorer-Dremel	20
Abg. Doris Rauscher	19
Abg. Gabi Schmidt	19
Abg. Gisela Sengl	17
Dr. Harald Niedermair	24



Tagesordnungspunkt 1

Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Artikel 28 und 29 UN-Kinderrechtskonvention – Recht auf Bildung; Schule; Berufsausbildung“

Vorsitzende: Ein herzliches Willkommen zur heutigen Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestages. Ich freue mich, Sie und Euch hierzu begrüßen zu können und dass die Besuchertribünen wieder gut gefüllt sind. Öffentliche Sitzungen, die Anklang finden, freuen uns am allermeisten. Mein Name ist Susann Rührich von der SPD-Fraktion, ich bin gerade die Vorsitzende der Kinderkommission. Ich habe den Vorsitz von Herrn Pols von der CDU/CSU-Fraktion übernommen, der gerade noch unterwegs ist; Herr Müller von der Linke-Fraktion wird den Vorsitz im nächsten Jahr übernehmen und Frau Walter-Rosenheimer wird dann im letzten Jahr dieser Legislaturperiode ihre Themen setzen. Wir haben aber die Reihe hier noch weiter gefüllt: Auf der einen Seite ganz hinten Frau Ulrike Bahr, meine Stellvertreterin in der Kinderkommission des Bundestages, und als Gäste die Mitglieder der bayerischen Kinderkommission. Das ist die einzige weitere Kinderkommission, die es aktuell gibt. Wir würden uns natürlich freuen, wenn es auch in weiteren Landtagen eine Kinderkommission gäbe. Ihr seid ein gutes Beispiel für andere Länder. Ich weise darauf hin, dass die Sitzung heute wieder öffentlich ist und ein Wortprotokoll erstellt wird, das dann auf den Seiten des Deutschen Bundestages abgerufen werden kann. Also wenn Sie nicht möchten, dass Sachen von Ihnen und Euch zitiert werden, sollten diese am besten nicht ausgesprochen werden, denn das, was gesagt wird, steht dann auch tatsächlich in einem öffentlich einsehbaren Protokoll.

Wie Sie vielleicht bemerkt haben, hat sich die Kinderkommission zu Beginn dieses Jahres die Umsetzung der Kinderrechte in Deutschland zum Thema gemacht. Wir schauen uns bestimmte Kinderrechte an und fragen nach dem Umsetzungsstand für die Kinder und Jugendlichen in Deutschland. Heute sind die Artikel 28 und 29 der UN-Kinderrechtskonvention von besonderem Belang, die den Kindern ein Recht auf Bildung, Schule und Berufsausbildung zusprechen. Wir schauen auch noch einmal die Bildungsziele an

und wie Bildungseinrichtungen aufgebaut sein müssen. Das sind die Überschriften. Dahinter steht für mich die Frage nach dem Stand: Kommen alle Kinder in Deutschland gleichermaßen dazu, ihr Recht auf Bildung, berufliche Bildung und Hochschulbildung tatsächlich umzusetzen und zu wahren? Dazu haben wir zwei Sachverständige eingeladen. Einmal Frau Schumann, ich freue mich, dass Sie von der Handwerkskammer Berlin zu uns gekommen sind. Sie können uns mit Sicherheit sehr praktische Einblicke geben, wie Kinder und Jugendliche – in Ihrem Fall wahrscheinlich eher Jugendliche – ihr Recht auf berufliche Bildung umsetzen können und was sie an Bildungsvoraussetzungen ggf. auch brauchen, um überhaupt zur beruflichen Bildung zu kommen. Und ich freue mich, Herrn Kiefer von der GEW – Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft – begrüßen zu können, der uns ebenfalls aus seiner Sicht die Umsetzung des Kinderrechts auf Bildung spiegeln wird. Danach gehen wir in die offene Debatte. Am Ende des Themenkomplexes Kinderrechte wird es eine Stellungnahme der Kinderkommission geben, die Sie dann mitverfolgen können. Ich würde Ihnen als erstes das Wort geben. Herr Kiefer, Sie haben das Wort.

Nuri Kiefer (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft): Vielen Dank für die Einladung. Ich möchte noch vorneweg schicken, dass ich nicht nur Funktionär einer Gewerkschaft bin, sondern auch noch mitten im Beruf stehe und Schulleiter einer Gemeinschaftsschule in Reinickendorf bin. Das Konzept der Gemeinschaftsschule führe ich jetzt nicht weiter aus – vielleicht nur ein Satz, weil das meine Ausführungen etwas deutlicher macht. Wir sind eine Gemeinschaftsschule, die mit jahrgangsgemischten Lerngruppen arbeitet. Eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben, acht, neun werden in der jahrgangsgemischten Lerngruppe in einer inklusiven Konzeption gemeinsam beschult.

Ich bin diese zwei Paragraphen der Kinderrechtskonvention durchgegangen und habe mir Notizen gemacht, wo aus meiner Sicht auch in Deutschland, das sicherlich sehr weit mit seinen Schulsystemen, seiner Berufsausbildung ist, Nachbesserungsbedarf besteht. Ich möchte als GEW-Funktionär und persönlich auch als Schulleiter einer Gemeinschaftsschule in einem Gebiet, das



man auch als Brennpunkt der Stadt bezeichnet, schildern, welche Erfahrungen und Eindrücke ich da in den letzten zwei Jahren gewonnen habe. In Artikel 28 taucht gleich oben der Begriff „Chancengleichheit“ auf; das ist ein Thema, das mich sehr umtreibt, weil unser hochdifferenziertes Schulsystem in Deutschland Barrieren bedeutet. Ich nehme jetzt nicht einzelne Bundesländer heraus, es würde doch einen längeren Vortrag geben, wenn man die 16 Bildungssysteme Deutschlands auch noch einzeln unter die Lupe nehmen würde. Aber wir wissen alle, dass wir selbst in Berlin – wo man vielleicht schon einen Schritt weiter ist, was die Überwindung der Differenzierung des Schulsystems anbelangt – ein hochdifferenziertes Schulsystem haben, das Barrieren darstellt, Barrieren, die insbesondere für benachteiligte Kinder teilweise unüberwindlich sind. Diese Erkenntnisse sind inzwischen mehrfach schwarz auf weiß belegt, ich nenne nur den Chancenspiegel der Bertelsmann-Stiftung, der das wieder eindrücklich belegt hat. Ich sage dazu auch nachher noch kurz einen Satz.

Ein zweiter wichtiger Punkt wäre für mich, dass wir uns gerade in den aktuellen Zeiten die Situation der geflüchteten Kinder, die mit oder ohne Eltern als Kinder oder Jugendliche in Deutschland ankommen, anschauen und wie deren Recht auf Bildung in unserem Wohlstandstaat eigentlich umgesetzt wird. Auch da gibt es noch einige Lücken. Ich nenne nur ein Stichwort: In fünf Bundesländern ist das Schulbesuchsrecht dieser Kinder noch nicht geregelt. Es gibt Bundesländer, in denen diese Kinder sofort ein Angebot für einen Schulplatz und auch eine entsprechende Sprachförderung bekommen. Es gibt aber auch Bundesländer, in denen diese Kinder mehrere Monate warten müssen, bis sie ein entsprechendes Angebot bekommen. Und das ist natürlich wertvolle Zeit, die für diese Kinder verloren geht, und dadurch werden sie benachteiligt. Diese Kinder sind dann auch aufgrund unseres hochdifferenzierten Schulsystems in der Regel sehr häufig von höheren Abschlüssen ausgeschlossen, weil die Sprachbarriere sie daran hindert, z. B. ein Abitur zu machen, wenn sie nicht ganz starken Rückhalt über Familie oder private Systeme haben. Ein weiterer Punkt: Die Kinderrechtskonvention sagt, Schule muss unentgeltlich sein; das ist sie aber in Deutschland nicht, sie ist nur auf dem Papier un-

entgeltlich. In vielen Bundesländern gibt es noch Lernmittelfreiheit, in vielen aber nicht mehr. Eltern müssen, auch wenn die Schule unentgeltlich ist, teilweise monatlich Beträge von 20,-, 30,- Euro, manchmal auch mehr, bezahlen. Hinzu kommt, dass viele Schulen inzwischen Ganztagschulen mit einem Essensangebot sind. Dieses Essen muss bezahlt werden, deshalb gibt es ja auch eine Forderung nicht nur der GEW, sondern auch anderer Institutionen und Verbände, dass in die Schule eigentlich ein kostenloses Mittagessen gehört. Wenn man das gerecht finanzieren will, muss man das über ein gerechtes, intelligentes Steuersystem machen. Ein weiteres Problem, das jetzt auch durch die Presse ging, ist die finanzielle Unterstützung durch das Bildungs- und Teilhabepaket – wir haben erst kürzlich erfahren, dass das bei vielen Kindern gar nicht ankommt, obwohl sie berechtigt wären. Warum? Die bürokratischen Hürden sind so hoch – das erlebe ich in meiner Praxis alltäglich –, gerade für Familien, für Kinder aus prekären Verhältnissen, wo die Eltern extreme Schwierigkeiten haben, ihren Alltag zu managen. Diese haben noch mehr Schwierigkeiten, den Alltag ihrer Kinder zu managen. Das heißt, die finanzielle Unterstützung kommt nicht beim Kind und manchmal auch nicht in der Schule an, daher gibt es auch in diesem Bereich noch Nachbesserungsbedarf. Vielfach werden Kinder, die Handicaps in bestimmten Bereichen haben, immer noch sehr stark vom allgemeinen Schulsystem exkludiert. Auch das ist nach Bundesländern unterschiedlich. Aber Inklusion ist noch einmal ein anderes Thema, ich wollte es nur erwähnt haben.

Eine Forderung der Kinderrechtskonvention ist, dass Maßnahmen zu treffen sind, die den regelmäßigen Schulbesuch fördern. Dazu gehören für mich ganz stark z. B. Unterstützungssysteme wie Schulsozialarbeit und Schulpsychologie. Bei der Schulpsychologie hat Deutschland eine Quote von 1:12.000, d. h. auf einen Schulpsychologen kommen mitunter 12.000 Kinder. Das ist unglaublich, das ist mit der schlechtesten Wert, den man sich überhaupt vorstellen kann. Bei der Quote Schulpsychologie und Schülerrelation sind sehr viele Länder mit wesentlich weniger Wohlstand viel besser. Wenn ich auf die Flüchtlingskinder zurückkomme, aber auch auf Kinder aus prekären Verhältnissen, so sind gerade diese auf Schulpsychologie angewiesen. Ich stelle hier in Berlin fest,



dass die schulpсихologischen Beratungsstellen maßlos überlaufen sind, teilweise gibt es dann Sperren für Beratungstermine, das bedeutet über Monate hinweg gibt es keine Termine.

In der Kinderrechtskonvention wird die Menschenwürde angesprochen. Dazu fallen mir sofort auch marode Schulgebäude und ekelhafte Schultoiletten ein. Ich frage mich manchmal, was wir eigentlich unseren Kindern an Schulgebäuden, an Schulen und an Lebensraum teilweise im Ganztage in einem der reichsten Länder der Welt zumuten. Das ist für mich beschämend und entspricht in keiner Weise der Kinderrechtskonvention und der Forderung nach menschenwürdiger Bildung. Es wird der Zugang zu wissenschaftlichen und technischen Kenntnissen gefordert. Wenn man sich die EDV-Ausstattung in vielen Schulen anschaut, müsste man eigentlich weinen, weil viele Schulen gar nicht in der Lage sind, einen annähernd zeitgemäßen, technisch gestützten Computerunterricht durchzuführen, weil einfach die Ausstattung nicht vorhanden ist.

Noch kurz zwei, drei Sätze zu Artikel 29, in dem es mehr um Bildungsziele geht. Ganz oben steht, dass die Persönlichkeitsbildung, Begabung und geistigen sowie körperlichen Fähigkeiten des Kindes voll zur Entfaltung zu bringen sind. Da komme ich noch einmal auf das differenzierte Schulsystem zu sprechen – und ich weiß, wovon ich spreche, denn ich habe über viele Jahre in Baden-Württemberg eine Realschule geleitet. Ich kam dort immer weniger mit diesem Aussortieren von Kindern zurecht, und dass man in so einem differenzierten Schulsystem gar nicht die Möglichkeit hat, Schüler adäquat individuell zu fördern. Fördern heißt in differenzierten Schulsystemen oft, dass man schaut und sagt, „naja, das Kind passt nicht in diese Schule“ und dann findet „Abschulung“ statt. Schaut man sich die Zahlen an, dann sind die Abstiege von höheren Bildungssystemen zu niedrigen vielfach höher als umgekehrt. Ich bin natürlich nicht ohne Grund an eine Gemeinschaftsschule gegangen und muss jetzt nach zweijähriger Erfahrung dort sagen, dass die individuelle Förderung gerade in diesem System am ehesten möglich ist. Das gilt gerade für Kinder aus schwierigen Verhältnissen, aber auch für starke Kinder, die dort Erfahrungen machen und Kompetenzen

entwickeln können, wie sie ja die Kinderrechtskonvention fordert, die sie in differenzierten Schulsystemen so nicht machen können. Ein Punkt ist auch noch die kulturelle Identität der Sprachen der Kinder. Auch da hat Deutschland noch einen erheblichen Nachholbedarf, was die Wertschätzung von Mehrsprachigkeit unter Einbeziehung der Muttersprache der Kinder angeht. Da gibt es zu wenige Möglichkeiten. Es gibt zwar Möglichkeiten, aber diese sind nicht so ausgebaut, dass z. B. auch die Muttersprachen von Kindern aus anderen als englisch- oder französischsprachigen Herkunftsländern anerkannt werden, um beispielsweise ein Abitur zu erlangen. Auch was die sprachliche Förderung angeht, liegt noch einiges im Argen.

Wir bräuchten dringend zusätzliche Ressourcen im Bildungssystem. Deutschland gibt zu wenig für sein Bildungssystem aus und die Probleme, die dadurch entstehen, zeigen sich bei den Schwächsten am ärgsten. Wir brauchen künftig – und das ist vielleicht dann auch eine gute Überleitung zu meiner Kollegin – alle Kinder, die hier in Deutschland ankommen und bleiben wollen, dringend für unseren Arbeitsmarkt, für unsere Gesellschaft, für unsere Rentensysteme – ich brauche das nicht weiter auszuführen, Sie wissen das. Wir müssen diese Kinder, sowohl die einheimischen Kinder aus prekären Verhältnissen als auch die zugewanderten, schnellstmöglich und bestmöglich fördern und auch fordern. Und das ist meiner Erfahrung nach in hochdifferenzierten Schulsystemen nicht möglich, dazu bräuchten wir viel mehr Gemeinschaftsschulen, viel mehr integrative Schulsysteme und eine viel bessere Ausgestaltung der finanziellen Förderung und eine bessere Ausgestaltung der Schulen und der Schulgebäude.

Vorsitzende: Ich danke Ihnen, Herr Kiefer. Das ist mit Sicherheit viel Potential für Nachfragen und Diskussion. Ich würde aber zuerst das Wort an Frau Schumann übergeben und freue mich auf Ihren Input.

Katharina Schumann (Handwerkskammer Berlin): Vielen Dank, ich danke auch für die Einladung und die Möglichkeit, über das Berliner Handwerk berichten zu dürfen. Mir fällt es hier



ein bisschen schwer, weil wir es eigentlich nicht mehr mit Kindern zu tun haben. Das durchschnittliche Alter, in dem in Berlin insgesamt in der Wirtschaft eine Ausbildung angefangen wird, ist das Alter von 21 Jahren und noch ein bisschen älter. Sie sehen schon, Kinder sind das eigentlich nicht mehr. Und das ist das, was uns auch beunruhigt, was uns Sorge macht. In den anderen Bundesgebieten ist es ähnlich, wir sind bei Weitem nicht mehr bei 16, 17 Jahren, sondern bei durchschnittlich 21 Jahren. Jetzt fragen Sie, wie das denn sein kann, wenn die Jugendlichen mit 16 Jahren die Schule von Herrn Kiefer verlassen? Sie landen in Übergangssystemen – und das ist unser Problem. Sie landen natürlich aus unterschiedlichen Gründen dort. Ich möchte mal auf der anderen Seite, also nicht bei den prekären Verhältnissen anfangen: Wir haben inzwischen viele Jugendliche, die Abitur machen, was zunächst sehr positiv ist, was wir immer gefordert haben und was wir auch wünschen. Und diese Jugendlichen streben verständlicherweise dann auch zum Studium. Das Problem ist, dass sie es zum Teil nicht schaffen oder es abbrechen, weil es doch nicht das war, was sie sich vorgestellt haben, weil sie irgendwie den Anforderungen nicht genügen oder andere Vorstellungen hatten. Sie suchen dann die Ausbildung und landen dann mit 21, 22, 23 Jahren oder manchmal sogar noch älter bei uns. Wir versuchen, den Jugendlichen Angebote zu machen, indem wir uns auch gerade im Handwerk verstärkt das duale Studium vornehmen und versuchen, dort Angebote zu machen. Wir versuchen Zusatzqualifikationen anzubieten, damit die Jugendlichen unsere Angebote in der Wirtschaft eher annehmen. Das ist die eine Seite.

Auf der anderen Seite landen natürlich Jugendliche in dem Übergangssystem, die schon vorher in der Schule Schwierigkeiten hatten. Das heißt, sie können oder wollen unsere Berufsausbildungsangebote in der Wirtschaft nicht annehmen. Sie wollen es vielleicht nicht, weil sie sagen, „naja, die Berufe, die dort angeboten sind, sind nicht das, was ich gewollt habe. Ich möchte unbedingt Kfz-Mechatroniker werden, alles andere interessiert mich nicht.“ Das heißt, wir haben die entsprechenden Berufe nicht in der ausreichenden Menge. Es ist nun mal der Markt, der das regelt. Dann haben wir Jugendliche, die nur in einem bestimmten Bezirk eine Ausbildung machen wollen. Das

ist so ein bisschen ein Berliner Problem, dass man nicht von Kreuzberg nach Reinickendorf oder umgekehrt geht, das ist schon eine Hürde. Da sind Jugendliche gerade aus prekären Verhältnissen nicht sehr flexibel. Wir haben Jugendliche, die Ausbildung von vornherein ablehnen, weil sie sagen, „bei der Schule weiß ich, was ich habe. Beim schulischen Angebot habe ich einen geregelten Tagesablauf und meine Kumpels sind auch da. Das kenne ich und die Arbeitswelt kenne ich nicht, die macht mir auch Angst, da gehe ich nicht hin.“ Gerade Ihnen aus der Politik würde ich die Rückmeldungen von Betrieben, Eltern und Jugendlichen mitgeben, dass Jugendliche aus prekären Verhältnissen die Ausbildung nicht antreten oder eingehen wollen, weil sie Hartz IV-Empfänger sind und in einer Bedarfsgemeinschaft leben und die Ausbildungsvergütung mit angerechnet wird. Dann machen sie doch lieber etwas anderes und treten lieber keine Ausbildung an, denn diese rechnet sich halt nicht – erstmal. Wir haben natürlich auch Jugendliche, die den Anforderungen nicht gewachsen sind. Sie kennen die Arbeitswelt nicht, kennen die Anforderungen nicht und schaffen es nicht, einen Acht-Stunden-Tag durchzuhalten, sie können den Anforderungen auch im theoretischen Bereich in der Berufsschule nicht nachkommen. Das sind sicher Dinge, für die schon in der Schule der Grundstock gelegt worden ist. Da wünschten wir uns noch mehr Förderung und sind dazu in Berlin schon lange mit der Senatsschulverwaltung im Gespräch. Wir haben jetzt zusammen ein Landeskonzept Berufsorientierung verabschiedet und gehen davon aus, dass das irgendwann in den nächsten Jahren greifen wird und Jugendliche auf die Arbeitswelt besser vorbereitet sind, mehr einschätzen können, was auf sie zukommt und mehr motiviert sind, dort auch eine Ausbildung zu beginnen und sie dann auch durchzuhalten. Wir im Handwerk hoffen ja immer, dass sie dann die Meisterprüfung und sich selbstständig machen und wir unsere Fachkräfte für die Zukunft sichern können. Da sind wir schon auf einem guten Weg. Wir haben als Handwerkskammer Berlin seit drei, vier Jahren auch ein Projekt, in dem es darum geht, schon die Grundschulen zu stärken. Handwerkskammer und Grundschulen passen erstmal nicht so zusammen, aber wir haben uns gesagt, dass wir frühzeitig anfangen müssen und die Jugendlichen – die Kinder muss man ja hier sagen – an Grundschulen mit



ehrenamtlichen Unternehmern zu stärken und zu motivieren und mit der Arbeitswelt vertraut zu machen. Wir haben letztes Jahr die 400. Schulpartnerschaft zwischen Betrieben und allgemeinbildenden Schulen geschlossen. Das bedeutet, dass Betriebe mit Schulen, mit Lehrkräften zusammenarbeiten. Mit der Schulstrukturreform haben wir in Berlin 2010 das duale Lernen eingeführt, d. h., hier sind die Schulen verpflichtet, mit Betrieben, mit der Wirtschaft zu kooperieren, Angebote zu machen, Betriebserkundungen durchzuführen und das Thema Wirtschaft, Arbeit in den Unterricht zu integrieren. Vielleicht können Sie, Herr Kiefer, sagen, wie das läuft oder nicht läuft. Aber wir haben damit angefangen und sind auf dem Weg und hoffen, dass dieses Alter von 21 Jahren wieder gesenkt wird und die Jugendlichen nicht in Übergangssystemen, sondern direkt in der Ausbildung landen.

Vorsitzende: Vielen Dank für Ihre ersten Ausführungen. Damit gebe ich die Runde frei für Fragen, Anmerkungen und Kommentierungen aller Art. Ich sehe direkt Frau Walter-Rosenheimer.

Abg. **Beate Walter-Rosenheimer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank Ihnen beiden für den Bericht. Sie sprechen mir aus dem Herzen. Ich bin auch ausbildungspolitische und jugendpolitische Sprecherin meiner Fraktion und vor allem in Bayern sehr viel unterwegs in Handwerksbetrieben, in Ausbildungsstätten. Das, was Sie sagen, Frau Schumann, kommt quasi zuerst, und dann denken wir immer, dass eigentlich der Grund für das, was Sie beschrieben haben, schon sehr, sehr viel früher gelegt wird. Wir hören auch genau das, was Sie gerade gesagt haben. In Bayern ist die Situation immer noch ein bisschen anders, weil wir praktisch keine Jugendarbeitslosigkeit und sehr viel freie Lehrstellen haben, Gisela Sengl kann dazu im Bereich Lebensmittel, Handwerk und Gastronomie bestimmt auch etwas sagen. Wir haben jetzt eine grüne Ausbildungsgarantie verfasst und sehen die Probleme genau darin, dass die Jugendlichen nicht gleich in eine Ausbildung kommen, sondern ewig in diesem Übergangssystem herumhängen. Es sind jedes Jahr über 250.000 Jugendliche, die in ein Übergangssystem kommen. Das sind viel zu viele, vor allem wenn sie danach oft mit nichts dastehen. In den Betrieben hören

wir oft, dass viele der jungen Leute sehr gern arbeiten. Viele haben eine richtiggehende Schulphobie und wollen einfach auch nicht mehr in die Schule gehen. Sie arbeiten gern und machen das auch gut, aber sie sind vollkommen überfordert – was Sie ja auch angedeutet haben – mit den Prüfungen. Die Betriebe sagen mir, sie bräuchten viel mehr Leute und auch mehr Geld, um diesem Förderungsbedarf nachkommen zu können. Bei manchen ist es der Deutschunterricht, manche bräuchten zumindest für eine Zeit therapeutische Begleitung usw. Wir denken, dass man wirklich das ganze System reformieren muss. Wir finden die Idee ganz gut, eine Ausbildung zu garantieren, so dass alle Jugendlichen am Ende einen Ausbildungsplatz mit Kammerprüfung angeboten bekommen, aber dass sie dafür individuell mehr Zeit haben und man ihnen in dieser Zeit die Unterstützung, die sie individuell brauchen, gibt und damit nicht mehr so viele durch das Raster fallen und dann mit 21 dastehen. Auf der anderen Seite haben wir auch das Problem der Studienabbrecher, die dann dastehen und nicht wissen, was sie machen sollen. Die Problematik, dass man gar nicht gerne in die Schule geht und sich auch so sehr früh entscheiden muss, fängt wirklich viel früher an. Wir hatten von der Handwerkskammer in Bayern den Vorschlag, dass man auch die Eltern früher aufklärt und z. B. früher schon in die Grundschule geht und den Eltern die Angst nimmt, dass sie etwas verpassen, wenn sie das Kind nicht auf diesen gymnasialen Weg drängen; dazu würde ich Sie um Ihre Meinung bitten. In Bayern ist das noch ein sehr gegliedertes System und das Wort Gemeinschaftsschule ist bei uns irgendwie „pfui Teufel“, das darf man ja gar nicht sagen.

Vorsitzende: Vielen Dank. Ich würde zumindest eine Bemerkung hinterher schieben. Beate, Du hast das jetzt aus Bayern beschrieben; die Handwerkskammer bei uns in Leipzig sagt mir, dass es genauso viele Schulabgängerinnen und Schulabgänger wie Ausbildungsplätze gibt – trotzdem gibt es eine Lücke von 30 Prozent. Die Schülerinnen und Schüler scheinen nicht auf die Ausbildungsplätze zu passen, gleichzeitig ist aber der Bedarf da. Die Handwerkskammern fragen, wie denn der Bäcker oder der Handwerker die individuellen Bildungsprobleme, die persönlichen Probleme, die jemand mitbringt, während dieser Ausbildung



lösen soll. Es erscheint mir sinnvoll, dafür eine Unterstützung zu generieren. Die Frage ist nur, worin die Unterstützung eigentlich besteht, damit ein Jugendlicher sein Recht auf Ausbildung gewahrt bekommt und der Handwerker oder die Industrie ihre Ausbildungsplätze besetzt bekommen und damit diese Lücke geschlossen wird. Ich fände es spannend, einen Blick darauf zu werfen, wie das Recht auf Ausbildung mit den tatsächlich angebotenen Plätzen überein zu bringen ist.

Katharina Schumann (Handwerkskammer Berlin): Ich denke, früh genug anfangen, vielleicht auch schon im Kindergarten, aber stufenweise, weil ich einen Grundschüler noch nicht zu Berufen orientieren möchte, denn hier geht es – denke ich – erst einmal um die Arbeitswelt: Was ist Arbeitstätigkeit, Erwerbstätigkeit? Wir haben gerade in Berlin viele Eltern, die nicht mehr erwerbstätig sind. Da sind vielleicht auch schon die Großeltern nicht mehr erwerbstätig gewesen, d. h., hier muss erst einmal ein positives Bild von Erwerbsarbeit entwickelt werden, und dann kommt das Thema Ausbildung vielleicht von alleine. Wir haben in Berlin in den Schulen jetzt das duale Lernen, von dem wir uns eine ganze Menge erhoffen. Ich denke, Förderung gibt es eigentlich schon in großem Umfang – und das ist vielleicht auch das Problem. Es gibt einen bunten Blumenstrauß, es gibt unterschiedliche Förderinstitutionen, beispielsweise die assistierte Ausbildung der Arbeitsagentur. Da geht es darum, die Jugendlichen bis zur Ausbildung zu stärken bzw. in der Ausbildung bis zur Prüfung zu begleiten. Das wollten wir in der Wirtschaft immer, und das gibt es jetzt. Die Ausbildungsbegleitenden Hilfen – so eine Art Nachhilfeunterricht – gibt es schon lange. Das Land Berlin fördert eine ganze Menge. Ich denke, in anderen Bundesländern wird es ähnlich sein, der Bund hat verschiedene Projekte. Es gibt so vieles, dass der Betrieb eigentlich schon überfordert ist zu klären, was jetzt für den Auszubildenden und für den Betrieb das Richtige ist. Wir gehen ein bisschen einen anderen Weg und sagen, wir müssen auch die Betriebe mitnehmen, d. h. die Ausbilder. Wir sind dabei, die Ausbilder zu stärken und auf die Jugendlichen, die es nun einmal gibt – zumindest die aus den prekären Verhältnissen –, vorzubereiten, damit sie mit ihnen umgehen können, um sie an das Ziel – die Gesellenprüfung – zu bringen. Ich denke, das ist ein großer Bereich, an dem wir

ansetzen können. Auf der anderen Seite sind natürlich die Eltern – nur die Eltern erreichen wir nicht. Wir haben schon Verschiedenes versucht, Eltern zu erreichen, aber das sind nicht unsere Adressaten, und mit 21 Jahren ist es so für uns sowieso kein Thema mehr. Wenn bei uns die Jugendlichen mit der Ausbildung anfangen, sind sie in der Regel über 18, da spielen die Eltern für uns keine Rolle mehr, darf es auch nicht mehr. Zur Frage nach den offenen Plätzen: Das Problem haben wir auch in Berlin. Wir haben viele offene Ausbildungsplätze, auch jetzt wieder für dieses Ausbildungsjahr. Im Moment haben wir in der Lehrstellenbörse doppelt so viele gemeldet als letztes Jahr um diese Zeit. Das macht uns Angst. Wir sehen, dass die Betriebe selbst im Handwerk früher in die Akquise gehen und versuchen, die Jugendlichen für sich zu gewinnen und die Jugendlichen diese Angebote nicht annehmen. Wir machen verschiedene Vermittlungsbörsen, versuchen immer mehr ins „Matching“ zu gehen, also die Jugendlichen und die Betriebe an die Hand zu nehmen und zusammenzubringen. Es muss ganz direkt und ganz persönlich passieren und nicht allgemein in großen Veranstaltungen. Und wir merken, dass das nicht mehr funktioniert.

Nuri Kiefer (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft): Darf ich noch zwei, drei Ergänzungen machen, weil jetzt auch ein Stück weit deutlich wurde, dass man einfach früher ansetzen muss. Es ist ja ein bisschen auch das Prinzip in Deutschland, an das man auch mal herangehen müsste, dass wir spät, wenn die Jugendlichen in ihrer Persönlichkeitsentwicklung schon relativ weit fortgeschritten sind, mit ganz viel Aufwand versuchen zu reparieren und dass die Investition am Anfang und ganz früh zu gering ist. Das kann ich auch gut aus eigenem Erleben darstellen, weil ich als Gemeinschaftsschule eine Grundstufe und Kinder ab 6 Jahren bei mir in der Schule habe. Man sieht schon beim Übergang – in den anderen Bundesländern ist es nach der vierten Klasse, in Berlin nach der sechsten Klasse –, dass schon bei sehr vielen Kindern einiges in ihrer Persönlichkeitsentwicklung kaputt gegangen ist. Wenn man sich die Finanzierung der verschiedenen Schularten, Schulstufen anschaut, dann ist es das große Manko, dass die Grundschulen in Deutschland bundesweit einheitlich zu schlecht finanziert sind, das Personal ist dort am schlechtesten finanziert,



die Schulen bekommen am wenigsten Geld pro Kind. Vielfach hängen Schüler an Grundschulen am kommunalen Tropf, in manchen Bundesländern bekommen sie oft gar keine eigene Landeszuweisung, sondern sind darauf ausgerichtet, was sie von ihren Kommunen bekommen. Es lässt sich auch anhand der Statistiken nachweisen, dass wir in der frühkindlichen Bildung und natürlich in der Primarstufe zu wenige Unterstützungssysteme für Kinder haben und man das Gefühl hat, dass man da genauer hinschauen müsste.

Eine zweite wichtige Sache, die ich schon vorhin angesprochen habe, ist die Exklusion als Ursache. Bestimmte Teile der Bevölkerung – das sind Kinder aus prekären Verhältnissen, gleich welcher Herkunft – erfahren Exklusion, die Ausgeschlossenheit aus der Mehrheitsgesellschaft praktisch sobald ihr Geist erwacht. Wenn sie in armen Familien leben, dann sind sie ausgeschlossen. Ich habe Kinder im Märkischen Viertel, die jetzt 13, 14 Jahre alt sind und noch nie hier am Platz der Republik waren, sie kennen nicht das Bundestagsgebäude hier in Berlin. Wir merken es bei Ausflügen, da gibt es eine große Rennerei wegen des Geldes; da müssen die Lehrer wieder vorstrecken. Das sind alles Kleinigkeiten, aber die Summe dieser Kleinigkeiten ist die Summe dieser Exklusion, die schon bei ein paar Turnschuhen und ähnlichen Dingen anfängt. Diese Kinder erleben von Kindheit an diese Exklusion. Und wenn sie dann 14, 15 sind, haben sie so viele Jahre der Ausgegrenztheit erlebt, dass eine besondere Subkultur entsteht, die mit der Mehrheitsgesellschaft häufig nicht mehr viel anfangen kann und will.

Abg. **Norbert Müller** (DIE LINKE.): Vielen Dank für beide Inputs. Ich möchte einige Punkte ansprechen. Ich war vor der Zeit hier Mitglied des Brandenburgischen Landtags und habe in der Links-Fraktion die berufliche Bildung vertreten. Ich war auch mit den Kammern im Gespräch. Auf unsere Initiative geht zurück, dass im Koalitionsvertrag von Rot-Rot in Brandenburg die Berufsausbildung mit Abitur als Projekt, das man angehen will, festgehalten wurde. Als wir das als Linke vorgeschlagen haben, sind uns die Kammern die Türen eingerannt; mit diesen Bündnispartnern hatten wir – vor allen Dingen auch in der Intensität – als letzte gerechnet. Die Idee dahinter ist, mit

der Berufsausbildung mit Abitur die Berufsausbildung für diejenigen attraktiver zu machen, die sich durch das Abitur quälen und darauf eigentlich gar keinen Bock mehr haben, sondern das nur machen, weil der gesellschaftliche Druck hoch ist und alle sagen, „du musst unbedingt Abitur machen, damit du eine gute Berufsausbildung kriegst.“ Damit soll eine Anpassung an den Bedarf versucht werden. Mich würde interessieren, ob das aus Ihrer Einschätzung eine Variante, eine Möglichkeit wäre, die man woanders auch versuchen könnte. Wir sind momentan nach wie vor noch auf der theoretischen und konzeptionellen Ebene, weil es das bundesweit faktisch nirgendwo gibt; es gibt allenfalls Erfahrungen aus der Vergangenheit. Als Zweites würden mich Ihre Erfahrungen, Frau Schumann, mit Auszubildenden verschiedener Schultypen interessieren, auch wenn das natürlich jetzt eine etwas breitere Antwort wird. Ich gehe seit vielen Jahren auf Ausbildungsmessen, und in den letzten Jahren haben die Ausbildungsbetriebe signalisiert, dass sie Probleme bei der Auswahl haben. Das heißt, sie können nicht mehr problemlos auf Abiturienten zurückgreifen, weil es davon wegen der geburtenschwächeren Jahrgänge weniger gibt. Sie müssen inzwischen so ziemlich alles nehmen, was sich bewirbt – und das geht auch regelmäßig schief. Was für eine Erfahrung haben Sie gerade mit der interessanten Situation in Berlin mit den Gemeinschaftsschulen? Von welchen Schultypen kommen Auszubildende, wenn sie vielleicht nicht gerade erst 25 sind? Mit Auszubildenden welchen Schultyps haben Sie die besten Erfahrungen gemacht und bei welchen wird es schwierig? Kann man das so verallgemeinern oder eher nicht?

Die Frage an Herrn Kiefer: Die bundesweite Debatte zur Frage „Zentralisierung versus Bildungsföderalismus“ flammt immer wieder auf. Ich habe dazu selbst so ziemlich jede Position schon einmal eingenommen und bin da auch hin- und hergerissen, weil ich auf der einen Seite natürlich das Gefühl habe, dass es hier eine Vielfalt von Missständen gibt, die durch ein funktionierendes zentrales Bildungssystem abgestellt werden könnten. Auf der anderen Seite hätte ich, wenn ich mir die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, die politischen Mehrheiten in den Ländern und beim Bund anschauere, größere Befürchtungen, dass mit einer Zentralisierung des Bildungssystems die soziale



Segregation, die wir in einigen Ländern haben, eher verschärft würde und positive Beispiele und Ansätze von Gemeinschaftsschule sowie Ansätze von Inklusion – es gibt ja auch eine Reihe von Schulgesetzen, die moderne Ansätze haben – möglicherweise wegfallen könnten. Mich würde interessieren, ob das Ihrer Meinung nach noch eine aktuelle Forderung ist, wenn man aus einem inklusiven Ansatz herausdenkt, dass man das nur über eine Zentralisierung im Bildungssystem schafft oder ob man davon grundsätzlich die Finger lassen sollte, weil man fürchten müsste, dass diese – wie ich finde – sehr modernen Ansätze nach gemeinsamer Beschulung dann möglicherweise wegfallen würden.

Katharina Schumann (Handwerkskammer Berlin): Ich sagte ja schon, dass wir überlegen, welche Angebote wir gerade den leistungsstärkeren Jugendlichen im Handwerk machen können, und sicherlich ist das ein Thema. Unter Umständen kann man mit einer Ausbildung auch gleich Abitur machen; das muss im Land entschieden werden. Im Moment ist es in Berlin noch nicht das Thema, aber sicherlich wird das irgendwann diskutiert werden. Wir konzentrieren uns jetzt erst einmal auf das duale Studium, zu dem wir mit den Universitäten auch noch verschiedene Absprachen treffen müssen. Es wird mit Sicherheit zumindest im Handwerk, ich denke aber auch in Industrie und Handel oder in anderen Kammern, jedoch nicht für alle Berufe ein Thema werden. Wir haben natürlich Berufe, für die jetzt schon ein hoher Anteil von Abiturienten eine Ausbildung macht, z. B. für Hörgeräteakustiker oder Zahn-techniker. Wir haben natürlich Berufe, für die es mit Sicherheit keine Rolle spielen wird, da die Jugendlichen in dieser Ausbildung sicherlich kein Abitur anstreben – vielleicht in Einzelfällen, wir haben auch dort Einzelfälle von Abitur, aber es wird nicht die Masse werden. Aber es wird mit Sicherheit Thema werden und wir werden alles versuchen, um auch Leistungsstärkeren Angebote zu machen, weil wir sie ja für unsere Betriebe, für unsere Wirtschaft brauchen.

Zur Frage nach den Schulformen, Schultypen – ich will es mit unserer Imagekampagne im Handwerk sagen: Uns ist es egal, woher jemand kommt, uns ist wichtig, wohin jemand will. Wenn ich mit

Unternehmern spreche, insbesondere natürlich mit Handwerkern, dann sagen sie, „wissen Sie, Frau Schumann, mir ist das egal, welchen Schulabschluss sie haben, Hauptsache sie kommen, sind motiviert und wollen diese Ausbildung machen. Dann unterstütze ich sie auch und wir versuchen gemeinsam, diesen Gesellenbrief zusammen hinzukriegen.“ In Berlin hatten wir in den letzten Jahrzehnten mehrere Reformen im Schulbereich und die Schulabschlüsse änderten sich im Namen häufig, so dass keiner mehr so richtig den Durchblick hat. Von daher ist es dem Unternehmer egal, er weiß oft gar nicht, was das für Schulen sind, er beschäftigt sich damit nicht. Ich spreche für das Handwerk in der Regel.

Nuri Kiefer (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft): Ich möchte noch einen kurzen Satz anfügen. Das ging mir vorhin schon beim Thema Abitur durch den Kopf: Viele Jugendliche wollen unbedingt Abitur machen und haben aber vielleicht gar nicht die für ein Studium notwendigen Kompetenzen. Man hört ja auch immer wieder von der Abwertung des Abiturs, dass viel zu viele Abitur machen und immer mehr Schüler Abitur machen, die eigentlich gar nicht „berechtigt“ sein sollten – das hört man ja auch aus bestimmten Kreisen. Das Problem ist, dass in den letzten Jahren eine Überhöhung des Abiturs stattgefunden hat und dass auch von der Wirtschaft teilweise ein Stück weit daran mitgearbeitet wurde, dass ein Abitur ganz wichtig für die berufliche Zukunft ist. Vielleicht muss man da auch wieder ein bisschen anders denken und zurückdenken. Ich kann mich an eine Phase vor einigen Jahren erinnern, in der für einen Bankkaufmann Abitur erwünscht war, und da denke ich dann, „liebe Wirtschaft, kommt auch mal wieder ein bisschen herunter von euren Anforderungen.“ Einerseits kann jeder das Abitur haben, andererseits wird aber an dem Abitur ganz viel festgemacht. Nach meinem Dafürhalten macht es gerade bei den Kindern, bei denen klar ist, dass sie über ein gewisses Bildungslevel nicht hinweg kommen, keinen Sinn, ihnen noch ein Schuljahr und noch ein Schuljahr aufzudrücken. Man muss sich anschauen, dass es – und das ist ein Problem aus der Wirtschaft – kaum noch Beschäftigungsverhältnisse mit einer geringeren Qualifikation, wie beispielsweise einer zweijährigen Ausbildung gibt, von denen man dann auch leben kann. Da war der Mindestlohn der richtige Schritt im Hin-



blick darauf, dass es nach wie vor immer auch schwach qualifizierte Menschen geben wird. Wir werden immer einen bestimmten Prozentsatz an schwach qualifizierten Jugendlichen haben. Aber sie müssen trotzdem auch in Würde leben können. Das ist das Entscheidende.

Zum Bildungszentralismus – das sehe ich genauso wie Sie. In der politischen Konstellation Deutschlands lässt sich dieser nicht beseitigen. Ein erster Schritt ist ja die KMK, wobei diese nach meinem Dafürhalten dringend reformiert werden müsste. Die Prozesse dort sind völlig intransparent, zumindest für mich als Schulleiter. Wenn ich mit irgendwelchen Ideen, Gedanken und Vorstellungen komme, heißt es immer: „ja, aber die KMK“. Dann frage ich, wie diese Entscheidungen in der KMK eigentlich zustande gekommen sind. Wie demokratisch, wie transparent läuft das in dieser KMK? Für bestimmte Dinge brauchen wir eine Standardisierung. Der größte Hemmschuh sind die bildungsideologischen Systeme: Die eine Seite, die die Einheitsschule als Untergang des Abendlandes an die Wand malt; und die andere Seite, die sagt, nur in einem Gemeinschaftsschulsystem kann man jedem Kind gerecht werden, weil die Differenzierung auf drei oder vier Bildungsgänge auf keinen Fall die Heterogenität der Gesellschaft erfasst. Klar ist aber, Gemeinschaftsschulsysteme können nur dann bestehen, wenn sie die gleichen Bedingungen und die gleichen Chancen haben. Diese haben sie jedoch nicht, weil im sogenannten Creaming-Effekt die Besten vom Gymnasium abgeschöpft werden, und dann sagt man der Gemeinschaftsschule, „seht ihr, ihr könnt’s doch nicht so gut.“ Das ist klar, denn es fehlt ja auch ein bestimmter Prozentteil der Schülerschaft. Untersuchungen zeigen – Berlin ist dafür ein gutes Beispiel –, dass die Gemeinschaftsschulen in Berlin, die eine gymnasiale Oberstufe haben, übernachgefragt sind und die gleichen guten Ergebnisse abliefern, während die Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe nicht so gut abschneiden und eher mit den Sekundarschulen verglichen werden müssen. Ich will sagen, dass für diese Bildungsideologie zwischen den Bundesländern viel an Energie verwendet wird, die man eigentlich sinnvollerweise in eine Weiterentwicklung des Schulsystems einsetzen sollte. Ich hoffe und bin eigentlich zuversichtlich, dass man irgendwann aus der Ideologie herauskommt,

zu sagen, eine Gemeinschaftsschule behindert eine bestimmte Schülerschaft – dem ist nämlich nicht so, aber sie verhindert, dass diese Exklusion Fortbestand hat.

Abg. **Eckhard Pöls** (CDU/CSU): Ich muss mich zunächst entschuldigen, dass ich später gekommen bin, aber ich hatte noch ein Gespräch zur Kindergesundheit. Ich will etwas vorwegschicken: Ich habe mit 16 Jahren in Niedersachsen den Realschulabschluss und eine Handwerkslehre zum Glaser gemacht. Nach drei Gesellenjahren habe ich die Meisterprüfung abgelegt und mich dann nach weiteren drei Jahren selbstständig gemacht. Wenn ich diese Diskussion hier heute wieder höre, dann geht mir ein Messer in der Tasche auf – das muss ich mal ganz ehrlich sagen. Wenn ich höre, dass bei Ihnen hier in Berlin das Durchschnittsalter eines Lehrbeginns bei 21 Jahren liegt, dann ist das die Katastrophe hoch 10; da sind die jungen Leute schon versaut – das muss ich mal klipp und klar sagen. Das fängt schon beim Aufstehen morgens an, wenn sie nicht lernen, morgens aufzustehen. Als Schüler muss man morgens um 8.00 Uhr auch in der Schule sein, und dann muss man um halb acht im Betrieb sein – das wird man auch hinkriegen. Da muss ich sagen, in Berlin läuft gerade im Bildungssystem, Beate Walter-Rosenheimer hat es angesprochen, einiges falsch. Wir haben ja nun die bayerischen Kolleginnen hier, die noch vielfach das dreigliedrige System haben – ich weiß es nicht genau, aber in Süddeutschland haben wir es ja noch; das gilt teilweise auch für Niedersachsen –, und da ist die Situation eine ganz andere. In Berlin gibt es scheinbar diese Gleichmacherei im Bildungssystem – ich kenne das nicht genau –, aber in Niedersachsen sind wir langsam auch schon auf dem Weg, dass es faktisch nur noch Gesamtschulen gibt und die Säge an die Gymnasien gelegt wird. Es soll eine Verordnung geben, dass die Schüler bis zu 75 Minuten Wegezeit in Kauf nehmen müssen, um ein Gymnasium zu besuchen – also nicht hin und zurück, sondern eine Tour dauert 75 Minuten. Da kann man sich vorstellen, wo der Weg letztendlich hingehen soll. Das ist das, was uns das Leben im Handwerk schwer macht, und das Handwerk letztendlich auch, was den Nachwuchs angeht, kaputt macht. Denn es ist ja nicht nur so, dass wir mehr Lehrstellen als Bewerber haben. Das Problem ist ja auch, dass wir mehr alte



Gesellen in Rente schicken als überhaupt nachwachsen. Das geht in den fünfstelligen Bereich und das wird sich noch addieren. Wenn ich die Rente mit 63 noch dazu nehme, dann wird sich das ja auch noch weiter aufbauen, denn wir schicken ja die guten Gesellen und Gesellinnen, die Erfahrung im Beruf haben, in Rente, was wir uns als Handwerk, aber auch gesellschaftlich, volkswirtschaftlich gar nicht leisten können. Wir sind da auf einem ganz gefährlichen Weg, der unsere Gesellschaft und letztlich auch unsere Wirtschaftskraft in Deutschland total kaputt macht, wenn wir nicht langsam gegensteuern. Ich war heute bei Herrn Schwannecke, den werden Sie auch kennen, er ist Hauptgeschäftsführer im ZDH, und habe ihn auf diese Problematik der Ausbildung, der Ausbildungsreife angesprochen. Denn vielfach sind wir ja als Handwerksbetrieb, als Ausbilder – ich bin ja selbst auch noch Ausbilder, ich habe ja auch noch einen Handwerksbetrieb zuhause – und auch die Berufsschulen der Reparaturbetrieb für die allgemeinbildenden Schulen: Da sind die Grundrechenarten nicht bekannt, da gibt es kein vernünftiges Deutsch. Wenn die Werkstatt mit „dt“ und links mit „g“ geschrieben wird – alles gehabt –, dann weiß ich nicht, wo wir noch hinsteuern und wie wir als Wirtschaft letztendlich noch überleben wollen. Das ist ja auch beim Einzelhandel oder bei anderen gewerblichen Ausbildungsberufen so. Hier ist vor allen Dingen auch die Handwerkskammer gefordert. Ich habe bei Ihnen so ein bisschen Resignation herausgehört – „dass wir ja tun und machen, aber letztendlich kommen wir gegen diesen Stream nicht an.“ Da wünsche ich mir vom Handwerk, dass da viel mehr passiert, gerade in Stadtstaaten wie Berlin – in der Fläche, in Niedersachsen ist es noch ein bisschen etwas anderes. Aber was hier in den Großstädten passiert – in Hamburg ist es auch nicht besser. Ich kenne die Kollegen aus Hamburg auch sehr gut, weil ich im Speckgürtel von Hamburg wohne. Aber hier muss tatsächlich etwas passieren. Wir müssen ein Umdenken vor allen Dingen im Bildungssystem haben – weg von dieser Gleichmacherei und hin wieder zu – ich bin ein Verfechter und ein Anhänger des dreigliedrigen Schulsystems – Hauptschule, Realschule und Gymnasium. Das hat uns in den vergangenen 40 oder 50 Jahren sehr gut weitergebracht, und wir haben ja auch eine gute Durchlässigkeit. Ich kann heute mit einer Meisterprüfung an einer

Hochschule studieren. In meinem Fach könnte ich jetzt Architektur studieren, ich kann natürlich vielleicht nicht Mathematik studieren, aber ich kann alles Mögliche weitergehend machen. Es muss ja nicht sein, dass ich mit der Handwerkslehre in meiner Bildungsbiografie aufhöre. Also ein Appell an Sie und auch an die Gewerkschaft, hier ein bisschen die Augen offen zu halten. Mit dem heutigen Denken tun wir den jungen Leuten für ihren Lebensweg keinen Gefallen.

Vorsitzende: Ich komme aus einem Bundesland, das Pisa-Sieger ist. Ich würde mal die These aufstellen, an was das liegt: Nämlich an einer hochsegregierten Schule. Man misst dann nur noch bei denen, die gute Leistungen bringen und in den MINT-Fächern gut abschneidet. Die Bildungsziele, die hier in der Kinderrechtskonvention stehen, werden bei Pisa z. B. nicht abgefragt. Gleichzeitig haben wir in Sachsen 10 Prozent der Schülerschaft an Förderschulen, die im Prinzip keine Chance zu einem qualifizierten Schulabschluss haben. Dann gibt es noch die Fragen, wer wohnt denn eigentlich in Sachsen und wer wohnt in Berlin? Die Frage ist auch, was ist Ursache und was ist Wirkung: Ist jetzt tatsächlich die Gemeinschaftsschule die Ursache dafür, dass Leute erst mit 21 ihre Lehre anfangen? Das würde ich ein bisschen infrage stellen. Die Frage ist ja, was in der Bildung mindestens als Standard kommen muss. Mit was muss ein Schüler aus der Schule kommen? Welche Art von Schule oder wie muss Schule gestaltet sein? Und erst danach können wir uns vielleicht über das Gymnasium unterhalten. Aber der Druck, der auf den Eltern lastet, ist weiterhin da. Ab der dritten Klasse fängt man an, das Kind auf das Gymnasium zu drängen, obwohl es vielleicht noch gar nicht sein muss.

Unverständlicher Zwischenruf von Abg. Pols.

Ja, genau, aber das ist eine gesellschaftliche Realität, mit der wir irgendwie umgehen müssen und versuchen müssen, den Druck herauszunehmen, indem wir definieren, was man mit welchem Schulabschluss tatsächlich erreichen kann und was dann auch tatsächlich passieren muss, damit diese Beschreibung, „die können nicht rechnen und nicht schreiben, wenn sie aus der Schule



rauskommen“, endlich irgendwie vom Grunde her bearbeitbar wird. Das sind für mich spannende Debatten, um den Bildungszielen tatsächlich nahezukommen. Aber die Frage richtete sich ja in erster Linie an Sie.

Katharina Schumann (Handwerkskammer Berlin): Sie haben eben deutlich gemacht, was mich in Deutschland auch ein bisschen beunruhigt. Wir sind in Deutschland sehr abschlussorientiert, d. h., es zählt immer nur der Schulabschluss. Das ist auch eines unserer großen Probleme mit den Lehrern, dass es immer heißt, „mach einen höherwertigen Abschluss, mach den besseren, mach überhaupt einen Abschluss, eh du eine Ausbildung anfängst, mach lieber erst noch mal deinen Realschulabschluss oder mittleren Schulabschluss oder mach erst mal Abitur und dann eine Ausbildung.“ Wir sind ja durchlässig geworden, d. h., man kann auch ohne Schulabschluss direkt eine Ausbildung machen. Es gibt verschiedene Förderinstrumente, und dann kann man Schritt für Schritt – diese Systeme sind inzwischen durchlässig – irgendwann zu seinen beruflichen Karrierezielen kommen. Wir sind dennoch immer noch so abschlussorientiert, dass wir das in den Vordergrund stellen und sagen, „mach den Abschluss, mach das, mach das, mach das.“ Das ärgert mich in meiner täglichen Arbeit gerade mit Lehrern etwas, dass diese Jugendliche immer motivieren, den Schulabschluss und dann erst eine Ausbildung zu machen, anstatt sie zu motivieren, erstmal eine Ausbildung zu machen oder sich nach einer Ausbildung umzuschauen, denn sie können ja gleichzeitig mit dem Berufsabschluss z. B. einen mittleren Schulabschluss erreichen – das ist schon möglich, das wird ja gemacht. Von daher bitte ich, einmal darüber nachzudenken.

Nuri Kiefer (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft): Ich finde es zumindest erstaunlich, dass man gleiche Chancen oder Chancengerechtigkeit als Gleichmacherei bezeichnet. Aber das bleibt ja jedem selbst überlassen. Ich sage nur, mit den Lösungen der Vergangenheit wird man die Probleme der Zukunft nicht lösen können. Ich habe auch vor vielen, vielen Jahren meinen Realschulabschluss und eine Berufsausbildung gemacht und habe mich weiterentwickelt, aber ich stehe jetzt nicht hin und sage, „schaut mich tollen Hecht an,

und wenn ihr es so macht wie ich, dann habt ihr eine gute Zukunft.“ Wir müssen immer auf die Kinder schauen und auf die Kinderrechtskonvention zurückkommen, und das Recht der Kinder in den Blick nehmen und nicht die Versäumnisse der Eltern dieser Kinder. Und die Kinder haben ein eigenständiges Recht auf bestmögliche Förderung der gesamten Gesellschaft. Die Zukunft dieses Planeten wird nicht dadurch entschieden, wie viele Kinder mit Abitur aus dem Schulsystem herauskommen. Wir müssen in diesem Land auch mal eine andere Sicht auf Bildung ins Auge nehmen und nicht einen Bildungsbegriff in die Diskussion werfen, der schon einige Jahre alt ist und einen recht langen Bart hat. Für diesen Planeten sind inzwischen andere Werte wichtig, wenn man die Problematik in Afrika anschaut, wenn man die Weltwirtschaftskrise anschaut, wenn wir schauen, wie die Eliten diesen Planeten ausbeuten und die Einkommensverhältnisse immer weiter auseinanderklaffen, auch in Deutschland, wie die armen Familien hier zunehmen, auch das muss man, wenn man über Bildung redet, mal ins Auge nehmen.

Vorsitzende: Vielen Dank. Wir haben von allen Kolleginnen der bayerischen Kinderkommission Wortmeldungen. In Anbetracht der Zeit wollen wir bündeln. Ich fange bei Frau Sengl an, weil Sie sich schon ganz am Anfang gemeldet hatten.

Frau **Gisela Sengl** (Kinderkommission des Bayerischen Landtags): Was ganz klar durchkommt, ist die mangelnde Wertschätzung des Handwerks. Das ist das größte Problem in unserer Gesellschaft, und daran kann man anknüpfen. Es ist die mangelnde Wertschätzung einer Ausbildung, die ich mir als Kind oder als Jugendlicher aussuche. Es kommt herüber, dass scheinbar nur die Schüler eine Handwerksausbildung machen, die schlecht in der Schule sind und aus prekären Arbeitsverhältnissen kommen, andere geben sich quasi für diese Ausbildungsrichtung nicht her. Das ist ein Problem sowohl der Handwerkskammer, die könnte ruhig mal eine Imagekampagne starten, als auch unserer Gesellschaft, weil wir es gesellschaftlich – wir hatten heute Vormittag genau das gleiche Thema – toller oder wichtiger finden, wenn jemand Jurist ist, als wenn jemand gute Brezeln backen kann. Das ist jetzt ein einfaches Ver-



hältnis, aber daran sieht man genau die Wertschätzung. Die Wertschätzung findet man auch in der Entlohnung. Es ist eine Katastrophe, was im Bereich Gastronomie, Lebensmittelhandwerk usw. während der Lehre gezahlt wird, und später ist es genau das Gleiche. Es ist das Niveau der Ausbildung, das muss man auch ganz klar sagen. Mein dringender Auftrag an die Handwerkskammer wäre, selbst nach den Lehrplänen zu schauen; zum Beispiel im Lebensmittelhandwerk: Was ist die neue Richtung der Ernährung? Köche usw. sind ja unglaublich, da ist in der letzten Zeit nichts passiert. Dann noch zwei Fragen: Gibt es ein verpflichtendes Berufspraktikum in der achten, neunten Klasse? Das wäre für mich ein Einstieg, denn man lernt dabei wirklich die Arbeitswelt kennen und es ist nicht bloß ein Besuch der Firma. Als Schüler oder Schülerin muss man in den Betrieb gehen und dort die Zeit von 8.00 bis 17.00 Uhr verbringen und wirklich arbeiten und nicht nur ein befreundeten Büro besuchen. Das muss der Lehrer auch kontrollieren. Die Stelle muss man sich selbst suchen und auch damit zurechtkommen. Eine Nachfrage: Realschüler gibt es in Berlin gar nicht, oder? Also diese Mittelschulbildung? Ich finde es sehr erstaunlich, dass Jugendliche, wenn sie in einem Viertel wie Neukölln wohnen, nicht zur Ausbildung nach Zehlendorf fahren – das ist ja unglaublich. Auf dem Land verstehe ich es, weil es da wirklich kein öffentliches Nahverkehrsmittel gibt, aber in der Stadt finde ich es sehr erstaunlich, dass das als Grund angegeben wird. Politisch gesehen, wäre natürlich sehr wichtig, dass die Ausbildungsvergütung nicht auf Hartz IV angerechnet wird. Das ist eine ganz dringende Forderung, denn selbstverständlich ist das ein Grund dafür, dass viele keine Ausbildung anfangen. Das könnte sich der Staat und sollte er sich leisten.

Nuri Kiefer (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft): Zu den Praktika kann ich etwas sagen. Das Berliner Schulsystem wird jetzt gerade zum Thema duales Lernen neu überarbeitet. Die Oberschule – es ist eine Zusammenlegung von Hauptschule und Realschule zur integrierten Sekundarschule – beginnt in Berlin ab Klasse sieben. Nach dem neuen Konzept sollen die Kinder im siebten und im achten Jahrgang erste Erfahrungen mit der Berufswelt durch Betriebsbesichtigungen machen, und in Klasse neun soll dann ein mindestens

dreiwöchiges und in Klasse zehn dann noch einmal ein zweiwöchiges Praktikum verpflichtend sein. Allerdings gilt das nur für die integrierten Sekundarschulen, die Gymnasien sind ausgenommen, bei denen ist es optional. Das ist deutschlandweit ziemlich ähnlich, dass in den Hauptschulen und Realschulen diese Praktika verpflichtend sind und in den Gymnasien nicht. Die Bewertung kann man selbst anstellen.

Katharina Schumann (Handwerkskammer Berlin): Mich macht es ein bisschen nachdenklich, dass Sie noch nichts von unserer bundesweiten Imagekampagne des Handwerks gemerkt haben, die schon seit ein paar Jahren läuft. Ich werde weitergeben, dass das vielleicht noch nicht genug ist. Vor ungefähr einem Jahr wurde die Werbeagentur gewechselt und mit dem Wechsel der Werbeagentur wurde verstärkt das Thema Ausbildung in den Fokus genommen, so dass wir inzwischen auch ein breites Portfolio an Materialien haben, mit denen wir Jugendlichen das Handwerk näher bringen. Nur – der Jugendliche unterscheidet nicht zwischen Handwerk, Industrie und Handel, also er weiß das nicht. Sie haben ja auch gesagt, „Koch ist Handwerk“ – das ist aber kein Handwerk. Das sind Schubladen, die wir machen, für Jugendliche spielt das nicht so eine Rolle. Für Jugendliche ist wichtig, welcher Beruf attraktiv ist, welcher Beruf in der Peergroup bekannt ist, ist er hip, ist er hopp, das wechselt immer. Ein Beispiel zum Schmunzeln: Vor einiger Zeit lief eine Fernsehserie zu einem Tatortreiniger. Ich bekam ständig Anrufe, „das ist ein toller Job, toller Beruf, ich möchte unbedingt Tatortreiniger werden.“ Wenn ich dann sagte, „naja, der Gebäudereiniger hat das unter Umständen mit drin, es gibt Firmen, die machen das, dann kann man auch eine Gebäudereinigerbildung machen“, war die Reaktion „naja, nein, so war das nicht gemeint.“ Es sollte der Tatortreiniger sein, weil anscheinend der Schauspieler, die Sendung, das ganze Umfeld interessant sind. Danach treffen also Jugendliche oder Erwachsene ihre Berufswahlentscheidung. Das ist manchmal auch ganz spannend. Berufe werden ja nicht nur von der Handwerkskammer gemacht, das läuft auf Bundesebene mit den Sozialpartnern, mit den Bundesverbänden. Es ist ein langer Prozess, bis eine Ausbildungsverordnung, ein Ausbildungsberuf entsteht. Das hat früher zehn Jahre gedauert; inzwischen sind wir schnell-



ler, es dauert nur noch um die drei Jahre, bis Änderungen in der Ausbildungsverordnung beschlossen werden. Es ist ein Abstimmungsverfahren, so dass alle gehört werden, alle ihre Meinung sagen und Inhalte beisteuern können. Wir sind da inzwischen eigentlich ganz gut auf dem Weg, dass es immer relativ aktuell ist. Aber die Entwicklung geht auch immer schneller voran. Wir sehen das beim Kfz-Mechatroniker; es ist noch gar nicht so lange her, dass das neu geordnet worden ist und das Thema Mechatronik mit hereingekommen ist. Jetzt diskutieren wir wieder über eine neue Ordnung, da geht es um die I-Mobilität. Manchmal kommt man einfach nicht hinterher.

Frau **Gabi Schmidt** (Kinderkommission des Bayerischen Landtags): Herr Kiefer, mir geht es vor allem darum, dass wir so viele Jugendliche auf dem Weg verlieren, wenn sie in der Ausbildung nur Frust erlebt haben. Ich habe übrigens auch mit 14 eine Lehre im Handwerk angefangen, aber das war ziemlich von den Eltern vorbestimmt, da ging es sicherlich nicht um Kinder- und Jugendrechte. Aber welches Recht haben denn die Jugendlichen, wenn sie in diesen „Jungarbeiterklassen“ verloren gehen, wo sie vielleicht – um die Schulpflicht „abzureißen“ – in einen Mikrokosmos kommen, in dem sie dann Sachen lernen, die sie bis jetzt noch nicht gelernt haben und die Schlechten von den Schlechtesten lernen? Können sie dann überhaupt die Schulpflicht wahrnehmen? Klar ist man dann 21. Ich habe auch ein Problem mit der Lehrerausbildung. Wir haben es neulich erst erlebt – ich habe drei Töchter, die Älteste ist 25 und die Jüngste ist 14. Dieser wurde neulich in der Schule erzählt, „wenn du nicht besser aufpasst, dann kannst du runter an die Hauptschule oder Mittelschule und kannst irgend ein dummer Metzger oder Bäcker werden.“ Das haben Lehrer vermittelt. Lehrer sagen heute noch in der Schule zu Grundschulern, „wenn ihr nicht aufpasst, müsst ihr ins Handwerk und da müsst ihr aufstehen und da müsst ihr euch die Finger schmutzig machen.“ Das ist beschämend. Also wenn unsere Lehrer schon nicht wissen, das Image eines Berufes nachhaltig zu verändern, dann sind sie einfach fehl am Platze, da müssen wir aufpassen.

An Sie, Frau Schumann, eine Frage: Wir hatten ja wirklich die letzten Jahre – ich war zuvor im Be-

zirkstag im Bayern und war zuständig im Kuratorium fünf Jahre für Ausbildungswerk für lern- und sozialbehinderte Jugendliche. Man muss das wirklich so sagen. Und dieses Programm wurde dann von der letzten Bundesregierung nach 30 Jahren Bestand zerschlagen und wieder zum Modellprojekt erklärt. Die Jugendlichen sind in den Betrieben und bekommen einen zweiten Berufsschultag vom kommunalen Träger und von den Firmen. Sie machen hauptsächlich Helferberufe. Dieses Programm, das Leipzig sogar abgeschaut hat, dieses Berufsausbildungswerk, musste in die Neuankennung und wurde am Ende der letzten Wahlperiode zerschlagen und musste neu in die Anerkennungsphase. Es gab dann weniger Rehascheine dafür. Da haben wir folgendes erlebt: Die Prüfungsordnungen für die Helferberufe für Menschen, die wirklich ein Problem mit dem Schreiben haben, wurden verschärft. Ich habe es auch im Hör- und Lernbehindertebereich von IHK und Handwerkskammer erlebt, dass für Jugendliche mit Handicaps die Sonderprüfungsgebühr verlangt wurde. Da müssen die Kammern noch gewaltig an sich arbeiten. Auch die Anerkennung neuer Helferberufe, wie z. B. diesen Innenausbauhilfen – alles Berufe, die jungen Leuten gut getan haben, in denen man schnell Erfolg hat, wenn man im Bereich Bildung nur Frust erlebt hat – wurde verschärft, die Prüfungen wurden verschärft. Das finde ich sehr bedenklich. Was von Seiten des Bundes bei der Anerkennung der Berufsbildungswerke und bei der Einsparung bei dieser SGB-Leistung im Rehabereich gelaufen ist, war in beide Richtungen ein Fehler. Damit hat man bestehende Systeme kaputt gemacht; die Kammern und die IHK müssen da vielleicht manchmal auch einen Schritt zurück. Ich sehe schon ein sehr großes Problem, wenn man beispielsweise eine begabte Friseurin hat und sie nicht weiß, dass wir eine Bundeshauptstadt haben oder dass sie in einem Bundesland lebt. Da können dann zwei Stunden schon lang werden. Das ist mir schon klar. Aber ich glaube, sie müssen oft auch einen Schritt auf begeisternde Menschen zugehen.

Frau **Doris Rauscher** (Kinderkommission des Bayerischen Landtags): Ich wollte nur die eine oder andere Zahl zum Thema Kinder ohne Schulabschluss einwerfen, wobei Sie ja nicht ausschließlich diejenigen ohne Abschluss, sondern



grundsätzlich die Übergangsproblematik meinen, denn insgesamt ist die Tendenz ja eher rückläufig, auch wenn die Zahlen nicht jahresaktuell sind: 5,5 Prozent aller Schüler allgemeinbildender Schulen sind ohne Schulabschluss. Das ist zwar immer noch zu viel, aber es hält sich noch in Grenzen, insbesondere, wenn man weiß, dass der Anschluss auch ohne Schulabschluss möglich ist. Ich möchte ein bisschen darauf eingehen, was in den Jahren davor passiert. Interessant wären vielleicht wissenschaftliche Impulse, um die Problematik des Bildungssystems an sich zu beleuchten, das würde aber den Rahmen heute sprengen. Aber ich möchte eine Lanze für die Gemeinschaftsschule brechen, denn die Problematik auf die Gemeinschaftsschulen zu reduzieren, wäre wirklich zu kurz gesprungen. An dieser Stelle möchte ich auch betonen, dass die Differenzierung und die individuelle Begleitung in der schulischen Entwicklung – gerade auch mit den Differenzierungsmöglichkeiten – an einer Gemeinschaftsschule durchaus hervorragend umgesetzt werden kann, und dafür gibt es auch genug sehr positive Beispiele. Was passiert denn auf dem Weg? Sie sagten es, Herr Kiefer – es ist so oft Ausgrenzung und Frust erlebt worden, die Freunde ziehen eine Schule, eine Stufe weiter, und man selbst bleibt in dem unteren System hängen. Das geht hin bis zu negativen Erfahrungen auch im sozialen Umfeld. Wir wissen, dass der Schulabschluss oder die Wahl der Schule gerade in einem mehrgliedrigem Schulsystem sehr stark von den sozialen Verhältnissen der Familien abhängt. Wir müssen viel stärker mit diesen Erkenntnissen arbeiten und die Bildungslandschaften ein bisschen auch in größeren Karos denken. Ich möchte auch, weil das eingangs von Ihnen erwähnt wurde, auf die Flüchtlingsthematik zurückkommen, die man heute vielleicht nicht ganz außer Acht lassen sollte. Denn es gibt ja auch Zahlen, dass es bei den „Bildungsverlierern“ nicht nur ein Gefälle zwischen den Jungs und Mädchen gibt, sondern dass im Vergleich zu deutschen Kindern doppelt so viele ausländische oder Kinder mit Migrationshintergrund ohne Schulabschluss abgehen. Darin steckt, Frau Schumann, eigentlich auch ein großes Potential zur Fachkräftegewinnung. Darauf wollte ich gerne noch einmal, also mit Schwerpunkt auf die Flüchtlingskinder eingehen. Was passiert auf dem Weg? Denn selbst wenn sie mit Schulabschluss aus der Schule herausgehen und nur diese

5,5 Prozent am Ende ohne Schulabschluss übrig bleiben, entsteht da ein Vakuum. Was müsste aus Ihrer Sicht an persönlichen Kompetenzen und Basiskompetenzen gebildet werden? Müssen wir da vielleicht viel früher, auch schon im frühkindlichen Bildungsbereich ansetzen? Was passiert eigentlich, dass diese Schlüsselkompetenzen, die auch für eine Anschlussfähigkeit ins Berufsleben oder fürs Studium erforderlich sind, oftmals nicht mehr ausreichend gebildet werden?

Frau **Tanja Schorer-Dremel** (Kinderkommission des Bayerischen Landtags): Ich darf vorausschicken, dass ich, bevor ich in den Bayerischen Landtag gegangen bin, 25 Jahre Grundschullehrerin und davon 5 Jahre Schulleiterin war. Was mich heute überrascht, ist, dass wir anstatt zu differenzieren, generalisieren. Gerade zu dieser Auseinandersetzung über die Gemeinschaftsschule oder das mehrgliedrige Schulsystem – wir haben in Deutschland ein mehrgliedriges und kein dreigliedriges – muss ich einfach sagen, dass die Hattie-Studie eindeutig beweist, dass nicht das Schulsystem der entscheidende Faktor ist, sondern der Lehrer. Und das kann ich aus meiner Erfahrung auch unterstreichen. Egal an welcher Schulart, es steht und fällt immer mit einem engagierten Lehrer, der ein bisschen über den Teller rand hinausschaut und diesen Beruf einfach lebt. Das ist für mich ein ganz wichtiger Faktor. Eine ganz kurze Antwort, Herr Kiefer: Die Muttersprache kann in Bayern durchaus als zweite Fremdsprache im Abitur oder an der Realschule verwendet werden. Ich kenne diese Möglichkeit seit 20 Jahren, wahrscheinlich gibt es sie schon länger, dass die kulturelle Identität der Kinder aufgegriffen und auch angenommen wird. Das ist auch ein wichtiger Schritt, um dieses Bildungsrecht der Kinder umzusetzen. Für mich ist die Schnittstelle zwischen Schule und Handwerk ein entscheidender Faktor. Und da ist die Schule nicht unbedingt Zulieferapparat für das Handwerk, aber vorbereitende Institution. Ich finde, dass es dafür sehr wohl sehr gute Beispiele gibt, und ich darf jetzt mal differenzieren – auch wenn wir aus Bayern kommen. Es gibt durchaus Vorteile, dass man Kinder, die eher für das Handwerkliche geeignet sind und vor allen Dingen dieses auch leben und lieben, schon vorzeitig in den Schulen in diese Richtung führt. Großen Erfolg haben wir in Bayern z. B. mit der sogenannten Praxisklasse. In einer



Praxisklasse sind Kinder, die alles gerne machen, bloß nicht lesen, schreiben und rechnen. Das sind tolle Kinder, die mit beiden Beinen im Leben stehen und für die wir eine hohe Vermittlungsquote auch im Bereich des Handwerks haben. Was mir hier zu kurz angesprochen wird, ist die Berufsschule. Auch unsere Berufsschulen leisten Hervorragendes, auch für Jugendliche ohne Arbeit. Ich habe in meiner Schulleiterzeit sehr wohl Erfahrungen mit Projekten zwischen Grundschule und Berufsschule gemacht. Hier merke ich, wie bunt, wie vielfältig und wie effektiv unser Schulsystem sein kann. Und das auf die Diskussion zwischen mehrgliedrigem System oder Gemeinschaftsschule zu reduzieren, ist aus meiner Sicht zu kurz gesprochen. Die Arbeit mit den Eltern ist für mich ebenfalls der entscheidende Faktor und die Art, wie wir selbst über manche Dinge sprechen – das sogenannte „wording“, neuhochdeutsch gesagt. Heutzutage ist ein Kind eben kein Bildungsverlierer, wenn es auf einer Schule ist, wo es nicht zurande kommt, wo es sich schwer tut, wo es nicht weiter weiß – und man dann entscheidet, eine Schule zu finden, auf der das Kind seinen Fähigkeiten entsprechend gefördert und gefordert wird und hier auch vor allen Dingen wieder aufblüht. Es gibt dafür jede Menge Beispiele. Wir müssen einfach einen Weg finden, das vernünftig miteinander zu verknüpfen. Ich merke heute, dass wir ein bisschen zu sehr generalisieren, statt auf dieses Recht der Kinder auf Bildung einzugehen. Ich finde, dass wir hier sehr wohl optimale Voraussetzungen für Kinder in verschiedenen Bildungsformen haben. Dass wir immer noch nach oben streben können und immer noch Handlungsfelder zu Verbesserungen sehen, das sehe ich schon, aber diese Handlungsfelder würde ich gerne benennen und nicht versuchen, das eine gegen das andere auszuspielen. Das war jetzt keine Frage, das ist jetzt nur so aus mir herausgebrochen.

Katharina Schumann (Handwerkskammer Berlin): Ich möchte mit dem Thema Werkerberufe oder Helferberufe anfangen. Diese Berufe werden in den jeweiligen Kammerbezirken zugelassen, also nicht wie andere Berufe auf Bundesebene, sondern auf Kammerbezirksebene. Das durchläuft dort ein Abstimmungsverfahren über die Berufsbildungsausschüsse, den Vorstand und die Vollversammlung, und dort sind im Handwerk Arbeitnehmer und Arbeitgeber vertreten, und hier

wird in jedem Bundes- oder Kammerbezirk entsprechend abgestimmt. In Berlin haben wir nur zwei dieser Helferberufe, Werkerberufe für Menschen mit Behinderungen, weil die Parteien diese nicht für zielführend halten. Das will ich auch erläutern: Wir bzw. Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter sind der Meinung, dass wir nicht frühzeitig Menschen mit Behinderungen in bestimmte Bereiche schieben wollen, sondern Menschen mit Behinderungen in reguläre Ausbildungen bringen wollen. Das heißt, wir versuchen Menschen mit Behinderungen in eine Berufsausbildung mit normalem Abschluss zu bringen. Dafür gibt es verschiedene Unterstützungsmöglichkeiten, die wir auch als Kammer bieten, z. B. in Prüfungen. Wir begleiten die Betriebe; das macht eine Kollegin von mir, die auch den ganzen bürokratischen Aufwand übernimmt. Das ist auch ein Hinweis an Sie: Bei Integrationsämtern, Reha usw. ist ein großer bürokratischer Aufwand zu leisten. Aber wir versuchen im Sinne der Inklusion, diese Menschen „soweit es irgendwie möglich ist“ in Berufsausbildung zu bringen. Ist eine Behinderung vorhanden, so dass das gar nicht möglich ist, dann ist halt keine Berufsausbildung möglich. Das ist die Situation in Berlin. Das ist ein Abstimmungsverfahren, auf das die Kammer auch wenig Einfluss hat, das ist eine Arbeitnehmer-, Arbeitgeberentscheidung. Auch die Prüfungsausschüsse werden hier geschult. Ich kann nicht bestätigen, dass hier den Betrieben oder den Jugendlichen oder den Teilnehmern Steine in den Weg gelegt werden, das ist bei uns nicht der Fall. Wie gesagt, wir versuchen, die jungen Leute im Sinne der Inklusion in eine ganz normale Berufsausbildung zu bringen, weil sie dann bessere Chancen haben. Das ist gerade die Argumentation von der Arbeitnehmerseite, um mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu haben. Denn man muss auch dazu sagen, dass ein Werkerberuf im Endeffekt keine abgeschlossene Berufsausbildung im Sinne der Gesetzgebung ist. So hatten wir Fälle, dass junge Leute in Brandenburg eine Werker Ausbildung gemacht haben und dann nach Berlin gezogen sind. Sie wollten sich hier arbeitslos melden und wurden mit der Argumentation abgewiesen, „Sie haben ja gar keine Berufsausbildung.“ „Ja, aber ich habe doch eine Werker Ausbildung, ich hab eine Kammerprüfung gemacht.“ „Nein, Werker Ausbildung ist keine abgeschlossene Berufsausbildung.“ Das so als kleiner Hinweis.



Stichwort Flüchtlinge: Der Präsident der Handwerkskammer Berlin hat sich ja sehr dafür engagiert und mit der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen die Kampagne „Flüchtling ist kein Beruf“ gestartet. Uns ist es wichtig, diese Menschen, die nach Berlin kommen und zum Teil ja schon in ihrem Herkunftsland eine Berufsausbildung gemacht oder gearbeitet haben, hier in Berlin in den Ausbildungs- oder Arbeitsmarkt zu integrieren, und auch deren Kinder, die vielleicht noch an der Schule sind, später in Ausbildung oder Arbeit zu nehmen. Das Problem ist aber auch hier, dass wir natürlich an rechtliche Rahmenbedingungen gebunden sind, die da Aufenthaltsstatus und Arbeitserlaubnis heißen – ohne diese beiden Dinge wird es schwierig. Wir hatten Fälle, dass Jugendliche mit Ausbildungsvertrag zwei Jahre in der Ausbildung waren und dann aus der Ausbildung heraus abgeschoben worden sind, d. h., es kam die Polizei, hat sie aus dem Betrieb herausgeholt und ins Flugzeug gesetzt. Solche Erfahrungen haben wir leider gemacht, so dass für unsere Betriebe eine Aufenthalts- bzw. Arbeitserlaubnis immer wichtig ist. Da gibt es inzwischen eine etwas veränderte Rechtslage, aber die Erfahrungen sind da, und da wünschten wir uns eine Sicherheit, dass die jungen Leute bleiben können.

Zur Schlüsselqualifikation: Bestimmte Kompetenzen, die auch für eine Ausbildung wichtig sind, werden nun einmal im Elternhaus erworben. Da wird es auch für Schulen schwierig, hier nachzuarbeiten. In denke, da tun die Schulen wirklich alles, was sie können und die Betriebe später dann auch – aber das muss halt nun mal im Elternhaus geschehen. Für andere Grundkompetenzen ist natürlich die allgemeinbildende Schule zuständig. Wie gesagt, in Berlin haben wir schon jetzt mit der Schulstrukturreform das Praxislernen und auch das produktive Lernen ausgeprägt. Da gehen Schüler hin, die schulumüde sind, von denen wir wissen, dass sie ansonsten die Schule abbrechen. Sie gehen auch drei, vier Tage in den Betrieb und dann nebenbei noch einen Tag – ähnlich wie in der Berufsschule – in die Schule. Damit – also durch die Kontakte mit Betrieben bis zum Schulabschluss – wollen wir die Schüler, die ansonsten abbrechen, auffangen und sie dann auch in der Ausbildung begleiten. Da ist Berlin, denke ich, seit ein paar Jahren auf einem guten Weg. Es dauert halt manchmal seine Zeit, bis Änderungen

oder Strukturverbesserungen wirken.

Nuri Kiefer (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft): Die Praxisklassen gibt es natürlich auch an den Gemeinschaftsschulen. Zu den Flüchtlingskindern noch ein Beispiel: Ich habe an meiner Schule auch etliche Willkommensklassen, also Klassen mit Kindern wie z. B. Flüchtlinge, Zugewogene. Das ist eine bunte Mischung, die diese 15 Kinder manchmal darstellen. Es ist eine große Herausforderung auch für die Lehrkräfte, diesen Kindern gerecht zu werden und sie in knapp einem Jahr soweit zu bringen, dass sie ins reguläre Schulsystem eingeschult werden können. Das klappt natürlich in unserer Schulform sehr gut, und ich habe gerade heute wieder beim Unterrichtsbesuch zwei Kinder erlebt, die vor zwei Jahren kamen und die wir dann in die reguläre Klasse übernommen haben. Es waren zwei Schwestern aus Syrien, die kaum Deutsch konnten und auch noch eine Sehbehinderung hatten. Sie sind jetzt bei uns auf dem Abiturniveau. Das zeigt mir wieder, wie wichtig es ist, dass die Bildungsbarrieren recht niederschwellig sind. Und deshalb noch einmal ein Satz zum Schulsystem: Natürlich kann man sagen, „verhaken wir uns nicht im Schulsystem“ – aber ich finde es genauso schlecht zu sagen, „wir lassen das Schulsystem ganz beiseite“. Wir müssen über beides, über das System und über die Qualität diskutieren. Man kann das System nicht gänzlich an die Seite stellen, weil das System das Denken bestimmt und das System auch die Ressourcen verteilt. Je mehr Untergliederungssysteme wir haben, umso mehr Reibungsverluste gehen damit einher, das ist einfach so. Beides ist wichtig: Die Qualität der Lehrkräfte, egal an welcher Schule sie sind, und die Lehrkräfteausbildung muss da sicherlich nachlegen, gerade was berufsorientierendes Wissen in der Lehrkräfteausbildung angeht. Ich bin auch ein großer Fan davon, dass Lehrkräfte in ihrer Ausbildung für eine gewisse Zeit – ich will mich da nicht festlegen – ein Praktikum in einem Handwerksbetrieb oder in einem Industriebetrieb machen, weil Berufsorientierung ein fächerübergreifendes Prinzip nahezu an jeder Sekundar- bzw. Mittelschule ist. Deshalb müssen alle Lehrer in diesem Bereich fit sein, nicht nur die Lehrer, die Berufsorientierung machen.



Andererseits will ich aber auch noch einmal kurz darauf zurückkommen, dass Bildung mehr ist, als sich nur für das Berufsleben zu qualifizieren. Diese Verwertungslogik, die wir immer ganz stark in Bildung sehen, ist da, weil junge Menschen ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können sollen – aber sie sollen auch noch ein bisschen darüber hinaus mit Kultur, mit Sport, mit Kunst in Verbindung gebracht werden und mit kulturellem Wissen, mit Wissen um Toleranz, um Akzeptanz, um die gesellschaftlichen Prozesse und Demokratie, auch das gehört alles noch zur Bildung. Man muss manchmal aufpassen, dass man den Lehrkräften im Bildungssystem nicht zu viel aufschultert. Ganztagschulen sind ein wichtiges Stichwort, denn da haben wir gerade Kinder aus Verhältnissen, wo es zuhause schwierig ist, umso mehr können wir förderlich auf sie einwirken. Dazu muss aber die Ganztagschule in Deutschland noch besser unterstützt und mehr gefördert und ausgebaut werden, und zwar unabhängig von der Schulart, denn Ganztagschule kann ja jede andere Schule sein. Gemeinschaftsschulen sind von Haus aus – sozusagen gebundene – Ganztagschulen, die können sich das nicht aussuchen.

Diese Kompetenzdiskussion ist natürlich schwierig, je nachdem von welcher Richtung man sie führt. Ich weiß, dass die Mittelschulen immer sagen, wir kriegen so schwache Kinder von der Grundschule, und die Berufsschulen sagen, wir kriegen so schwache Kinder von der Mittelschule, und das Studium sagt, wir kriegen so schwache Schüler vom Abitur – irgendwo dreht sich dann das Ganze im Kreis. Aber es ist ja ganz gut, dass alle zehn Jahre Rahmenlehrpläne und Bildungspläne angepasst werden, weil sich auch die Gesellschaft ständig ändert. Vielleicht ist da auch ein Stück weit Gelassenheit an den Tag zu legen und zu lernen, mit den Realitäten umzugehen. Wir können es uns nicht leisten zu sagen, „ihr habt so zu sein, wie wir uns euch vorstellen“, sondern wir müssen schauen, dass wir die Kinder dort abholen, wo sie herkommen, insbesondere wir als Schule, die keine Möglichkeit hat, „abzuschulen“, was ich gut, richtig und wichtig finde. Wir müssen uns um jedes Kind an der Schule kümmern, und das setzt ganz andere Denkprozesse frei, als wenn man mit der Notenkeule, mit der Abschlussschulkeule, mit der Versetzungskeule und der Abiturschulkeule kommt. Das wären meine Antworten

auf die Nachfragen.

Vorsitzende: Vielen Dank für die Einblicke, die Sie uns gegeben haben, vielen Dank für die vielen Beiträge, die gekommen sind. Ich möchte zum Schluss als Zusammenfassung noch einmal den Blick auf die Kinder und das Kinderrecht auf Bildung lenken. Die Grundlage all dessen, was wir an Bildung an Kinder herantragen, ist die Chancengleichheit. Sie müssen bei jedem Schritt, den sie gehen, egal in welcher Schule und in welcher Schulform die Chance haben, das bestmögliche Potential zu erreichen. Von dieser Warte aus müssen wir schauen, was denn nötig ist, damit sie tatsächlich zu dem bestmöglichen Potential kommen, dass sie die Bildung erreichen, die sie tatsächlich erreichen können und jedes Kind tatsächlich seine Chancen realisieren kann. Wir haben hier einige Problemfelder angesprochen und ich denke, wir sind noch nicht so weit, dass jedes Kind tatsächlich jede Chance bekommt, die es haben kann. Sie haben vorhin am Rande erwähnt, ob die Schule tatsächlich kostenfrei ist. Wenn wir bei der Nachhilfe sind, die man sich als begütertes Elternhaus vielleicht eher leisten kann als jemand, der es nicht hat, wenn wir einfach mal auf solche Aspekte schauen, dann sieht man, dass die Chancen, zu der bestmöglichen Bildung zu kommen, die den Fähigkeiten und Interessen entspricht, wahrscheinlich noch nicht ganz da sind, wo wir hinkommen könnten. Das andere ist der Blick auf die Bildungsziele. Die Kinder sollen ihre Persönlichkeit, Begabung, körperlichen und geistigen Fähigkeiten voll zur Entfaltung bringen können. Es muss der oberste Maßstab sein, dass wir nicht nur nach den Noten, nach Mathematik oder Deutsch schauen und ob es passfähig in den Beruf mündet, die Kinder sollen vielmehr ihre eigenen Fähigkeiten voll zur Entfaltung bringen können, und dabei muss sie das Bildungssystem unterstützen. Das wäre die Umsetzung dieses Kinderrechts. Sie haben uns konkrete Hinweise und Tipps mitgegeben, wo man noch einmal genau hinschauen kann. Diese werden wir in unserer Stellungnahme mit Sicherheit auch versuchen zu berücksichtigen; z. B. Fragen wie die Anrechnung der Ausbildungsvergütung auf die Bedarfsgemeinschaft. Dieses Problem haben wir ja nicht nur bei der Ausbildungsvergütung, sondern generell, wenn Kinder und Jugendliche selbst etwas in eine Bedarfsgemeinschaft mit einbringen. Daher ist das eine



Frage, die man an diesem Beispiel explizit machen kann. Sie haben uns zur Förderung von Berufsorientierung mitgegeben, dass diese möglichst den Fähigkeiten und dem Bedarf entsprechen soll und nicht vom gesellschaftlichen Mainstream – was angeblich zu sein hat – vorgeprägt ist. Sie soll sich an den Bedürfnissen der Kinder und den Bedarfen orientieren. Damit meine ich genau das angesprochene Beispiel mit dem Bäcker, dass es etwas Negatives und eine Drohung ist, Bäcker zu werden. Dann brauche ich keine Berufsorientierung mehr zu machen, weil dann klar ist, dass die gesellschaftliche Erwartung dahinter steht, dass man solche Berufe nicht ergreift – und dann kann ich mir sämtliche Imagekampagnen oder Berufsorientierung sparen. So sollte es nicht sein, sondern genau andersherum wird ein Schuh daraus. Wir sollten möglichst alle Berufsorientierungen unterstützen und qualitativ unterfüttern.

Herr **Dr. Harald Niedermair** (Bayerisches Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst): Sehr freundlich, dass ich hier für das Bayerische Kultusministerium sprechen darf. Ich wollte nur noch einen Aspekt beleuchten, der – da die Sitzung ja unter dem Generalthema Verwirklichung der Rechte aus der Kinderrechtskonvention steht – vielleicht noch ein bisschen zu kurz gekommen ist. In Artikel 28 Abs. 1b) dieser Konvention ist ausdrücklich der Hinweis aufgenommen, dass von den Vertragsstaaten die Entwicklung verschiedener Formen der weiterführenden Schulen allgemeinbildender und berufsbildender Art zu leisten ist. Das deckt sich in erfreulicher Weise mit der Kompetenzordnung, die unser Grundgesetz zwischen Bund und Län-

dern vorsieht, und das hat wiederum auch den Vorteil, dass sich der Wettbewerb der Systeme beweisen kann. Das kann man unter anderem durch verschiedene Qualitätsstandards oder Ergebnisse der Bildungsforschung belegen. Bayern kommt im mehrgliedrigen System diesem Ziel auch nach, indem es begabungsgerecht in verschiedenen Schularten fördert und es keineswegs darum geht, hier eine „Abschulung“ vorzunehmen, sondern dass Kinder auf den Schulen, für die sie die beste Voreignung haben, auch individuell so stark gefördert werden, dass wir praktisch an allen Schularten erfreuliche Ergebnisse zeitigen können, die sich in diesem Wettbewerb der Systeme auch mit anderen vergleichen lassen. Vielen Dank.

Vorsitzende: Vielen Dank für den Hinweis. Wir werden hier nicht alle Kontroversen der Bildungsdebatten abschließend behandeln. Ich glaube, wir könnten das noch den ganzen Abend weiterführen. Ich danke Ihnen für die anderthalb Stunden, die wir diesem Thema gewidmet haben. Wir werden uns in unserer Stellungnahme zu den Kinderrechten auf das Thema Bildung beziehen. Diese werden Sie wahrscheinlich im Sommer nachlesen können.

Damit schließe ich den öffentlichen Teil der Kinderkommissionssitzung, ich unterbreche für fünf Minuten und bitte dann die Mitglieder der Kinderkommission, zu dem nichtöffentlichen Teil nochmal zusammenzukommen.

Schluss der Sitzung: 18.05 Uhr

gez. Susann Rüthrich, MdB
Vorsitzende